

von
Ari Ujianto
(Übersetzung
aus dem Indo-
nesischen von
Anett Keller)

Urbanisierung, Armutsviertel und alternative Problemlösungen

Der Autor war
von 2002–2009
Koordinator
für Forschung
und Entwick-
lung beim Urban
Poor Consor-
tium (UPC). Der-
zeit leitet er die
Desantara Stif-
tung in Jakarta.
Kontakt:
ariujianto@
gmail.com

Migration vom Land in die Stadt bzw. Urbanisierung ist ein Phänomen, das weltweit zu beobachten ist. In Indonesien setzte die Urbanisierung während der Kolonialisierung ein. Nach der Unabhängigkeit beschleunigte sie sich in mehreren Phasen. Zunächst in den 1950er Jahren. Der Aufbau von Sonderwirtschaftszonen war ab den 70er Jahren fester Bestandteil der Entwicklungspolitik während Suhartos »Neuer Ordnung«, damals entstanden die ersten großen Industriegebiete am Rand der Großstädte. Die jüngste Einwanderungswelle erlebte vor allem Jakarta während der Asienkrise 1997/98.

Urbanisierung führt dazu, dass sich in den Städten ZuzüglerInnen mit verschiedensten kulturellen Traditionen und Problemen mit der alteingesessenen Bevölkerung mischen. Es gibt viele Gründe, warum MigrantInnen in die Städte ziehen. Im Groben kann man sie in Abstoßen/push (aus der ländlichen Umgebung) und Anziehung/pull (in die Städte) unterteilen.

Push und pull

Zu den »pull-Faktoren« gehören schlechte Lebensumstände auf dem Land. Dazu zählen Missernten, Mangel an Einkommensmöglichkeiten, Unruhen und kriegerische Konflikte oder Epidemien. Auch

der Mangel an Ausdrucksmöglichkeit der eigenen Kultur oder Lebensweise kann Menschen zur Landflucht bewegen. Haben die Menschen das Gefühl, ihre Situation vor Ort nicht verbessern zu können, entscheiden sie sich zum Umzug in die Städte.

Diese »klassischen Faktoren« spielten bei allen Einwanderungswellen nach Jakarta eine Rolle, vor allem in den 50er Jahren, als die Produktivität auf dem Land sehr niedrig war und Waren des täglichen Bedarfs sehr schwer zu bekommen waren. Auch während der Asienkrise 1997/98, als die Preise für Lebensmittel drastisch in die Höhe gingen, galten die Städte vielen LandbewohnerInnen als verheißungsvolle Alternative, um nach Zusatzeinkommen oder gänzlich neuen Arbeitsplätzen zu suchen.

Viele der »pull-Faktoren« müssen ebenfalls im Zusammenhang mit ökonomischen Zwängen betrachtet werden. So stellte der Aufbau großer Industriegebiete einen Anziehungsfaktor vom Land in die Stadt dar. In Jakarta waren dies zum Beispiel Cengkareng und Pulo Gadung, die in den späten 60er bzw. frühen 70er Jahren aufgebaut wurden und zahlreiche Arbeitskräfte vom Land anzogen. Im Industriegebiet Rungkut Surabaya, das Anfang der 70er Jahre eröffnet wurde, suchten Menschen aus ganz Ostjava nach neuen Arbeitsplätzen. In Medan (Nordsumatra) wurde in der zweiten Hälfte der 80er

Illegale Siedlung
in Pulogadung.
Fotos: Ari
Ujianto



Jahre ein Industriegebiet geschaffen, das die Dorfbewölkerung anzog. Neben Arbeitsplätzen war es der bessere Zugang zu Bildung und/oder Gesundheitsversorgung, der die Menschen in die Städte zog. Eine wichtige Rolle beim Verbreiten des Traums vom »besseren Leben in der Stadt« spielt das Fernsehen, das in zahlreichen Seifenopern den Luxus-Lebensstil der Oberschicht in die Wohnzimmer in ganz Indonesien trägt.

Jakarta als Beispiel für das Scheitern der Regierung

Migration ist ein weltweites Phänomen. Höchst unterschiedlich sind jedoch die Antworten, die Regierungen auf die mit Migration verbundenen Probleme finden. Jakarta ist ein Beispiel für das Scheitern der bis 2012 amtierenden Regierung. Sie hat darin versagt, den Armen zumutbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen, was zahlreiche weitere Probleme nach sich zog. Stattdessen wurde viel Energie darauf verwendet, Bauvorhaben für die Mittel- und Oberschicht umzusetzen, wie Eigentumswohnungen, Malls, Mautstraßen, Krankenhäuser und Schulen mit internationalem Standard und internationalen Tarifen.

Dieser falsche Ansatz führte zu zahlreichen Problemen wie überbevölkerte Stadtviertel, Stau, Umweltverschmutzung, Kriminalität, mangelndem Zugang zu sauberem Wasser und rasantes Wachstum von illegalen Siedlungen, die ihren BewohnerInnen nicht einmal ein Minimum an Lebensstandard garantieren. Das Entstehen dieser illegalen Siedlungen resultiert daraus, dass Menschen, die am Existenzminimum leben, sich natürlich weder Land kaufen noch Wohnungen mieten können, so dass ihnen nur die Alternative bleibt, Land zu besetzen. Dies geschieht meist an Orten, die Gefahrenzonen darstellen. Die Armen siedeln an den Ufern der Flüsse, unter den Brücken der Mautstraßen und an anderen, eigentlich unbewohnbaren Orten. Diese illegalen Siedlungen wachsen zu Slums an, in denen es keinen Zugang zu elementarster Versorgung z. B. mit sanitären Einrichtungen gibt. Brände sind häufig an der Tagesordnung in den Slums, da die Hütten seiner Bewohner oft aus leicht brennbaren Materialien wie Sperrholz, Bambusgeflecht oder Karton zusammengezimmert werden. Kommt es durch dort verlegte, nicht abgesicherte Stromleitungen zu Kurzschlüssen, stehen schnell ganze Armenviertel in Flammen. Überflutete Flüsse und Epidemien sind weitere ständige Begleiter der SlumbewohnerInnen.

Die häufigste Bedrohung stellte für die SlumbewohnerInnen jedoch die staatliche Vertreibung dar. Zwischen 2001 und 2007 wurden nach Daten des *Urban Poor Consortium* (UPC) 75.000 Arme aus ihren Häusern vertrieben. Diese Vertreibungen



Illegale Siedlung in Pulogadung.

lösten keine Probleme, sondern vermehren sie. Die Lebensbedingungen der Vertriebenen verschlechterten sich noch mehr. Die Stadt war mit neuen, unkontrollierten Siedlungen konfrontiert. Denn die Vertriebenen blieben in Jakarta, entweder am gleichen Ort oder an anderen Plätzen.

Ende 2007 wurden im Norden Jakartas 3.500 Familien vertrieben, die sich unter der Mautstraße Priok-Soekarno-Hatta angesiedelt hatten. Die wenigen, die das Glück hatten, polizeilich in Jakarta gemeldet zu sein, wurden in Mietwohnungen in Kapuk Muara und Marunda (ebenfalls im Norden Jakartas) untergebracht. Manche bekamen von den Behörden zwischen 40 und 60 Euro »Umzugsgeld«, viele bekamen gar nichts. Es gab keine Alternative, sie mussten alle ihre illegalen Siedlungen unter den Brücken verlassen. Sie verloren ihren Wohn- und Arbeitsort, ein Teil des dürftigen Besitzes in ihren Hütten wurde bei der Räumung zerstört. Ihre Kinder konnten nicht mehr zur Schule gehen. Und heute, fünf Jahre danach, gibt es erneut dichtbesiedelte Slums am gleichen Platz – zum Teil besiedelt von den alten BewohnerInnen.

Illegale Siedlung in Rawa Bebek, Nordjakarta.





Vertreibung von Armen in der Stadt Taman im Norden Jakartas.
Foto: Kollektion: Yuli Kusworo

Alternative Lösungsansätze

Zahlreiche VertreterInnen der Zivilgesellschaft setzen sich gegen die Räumungen ein, da sie keine Lösung darstellen – nicht im Sinne einer vernünftigen Stadtplanung und schon gar nicht im Sinne der Armutsbekämpfung. UPC und das Netzwerk für Städtische Arme (JRMK) setzen sich für geplante Wohnviertel anstatt Vertreibung ein. Seit 1997 setzt sich UPC für städtische Arme ein und versucht, mit einem holistischen Ansatz das Problem der städtischen Armut und der Slums zu verringern. Wieder und wieder hat UPC versucht, bei der Regierung von Jakarta auf eine Verbesserung der Situation zu dringen.

Der Ansatz von UPC und JRMK basiert auf dem Wunsch der SlumbewohnerInnen, an ihren Standorten geordnete Wohnverhältnisse zu schaffen, da dieser Standort ihnen viele Vorteile im täglichen Leben bietet. Bei Umsiedlung sollten zumindest Orte in unmittelbarer Nähe der alten Umgebung gesucht werden beziehungsweise sollten die BewohnerInnen bei der Wahl der neuen Standorte ein Mitspracherecht haben. Sie müssen als Subjekte betrachtet

Treffen der Gruppe 10 (KUBE) in Bungkutoko, Kendari.
Foto: Kollektion: Yuli Kusworo



werden, vom ersten Schritt der Stadt-Planung bis zur Durchführung der Be- oder Umsiedlung.

Der Ansatz von UPC und JRMK hat »gesündere Wohnviertel« zum Ziel, die bezahlbar sind und deren Bewohner ein Bewusstsein für Umwelt- und soziale Probleme haben. Als Beispiel kann gelten, was bereits in Surabaya an den Flüssen Wonokromo und Kalimas sehr gut funktioniert hat: Die Häuser an den Flussläufen zurück zu setzen und damit vor Überschwemmungen zu schützen und sie »umdrehen«, so dass die Haustüren in Richtung Fluss zeigen. Da die Menschen eher ein Bewusstsein für Sauberkeit »vor der eigenen Tür« haben, trägt dies automatisch zu saubereren Flüssen und Ufern bei.

Wohnraumplanung ist aber allein nicht ausreichend, deshalb hat UPC in Zusammenarbeit mit dem Sozialministerium in Surabaya und Kendari UnternehmerInnen-Gruppen (*kelompok usaha bersama* = KUBE) und Spar-Gruppen gegründet. Eine Gruppe besteht aus nur zehn Familien, was die Koordination einfacher macht. Ein Großteil dieser Gruppen wird von Frauen verwaltet. Die Mitglieder bekommen, vom Sozialministerium eine Anschubfinanzierung für Kleinunternehmen, und »reichen« diese untereinander »weiter«. Mit diesem Geld investieren sie zum Beispiel Kioske für Grundnahrungsmittel, Moped-Werkstätten oder in Verkaufsstände für gesammelten und zur Wiederverwertung geeigneten Müll.

Die Unterstützung für die beschriebenen Ansätze nimmt zu, seit bei Lokalwahlen progressive PolitikerInnen gewonnen haben, die auf die Stimme des Volkes hören. Zu ihnen gehören Ilham Arief Siradjudin, der Bürgermeister von Makassar oder Tri Rismaharini, die Bürgermeisterin Surabayas. Den jüngsten und spektakulärsten Wahlerfolg dieser Art gab es in Jakarta, wo Joko Widodo als Gouverneur und Basuki Tjahaya Purnama als Vizegouverneur für die Amtszeit von 2012–2017 gewählt wurden. Viele städtische Arme hegen große Hoffnungen in Widodo und Purnama, da sie den Dialog mit den Slumbewohnern suchen. Widodo hat wiederholt betont, dass die Wünsche der Bewohner zur Planungs-Grundlage der Siedlungen werden.

Und er hat dies bereits bewiesen als Bürgermeister von Solo, wo er gemeinsam mit Straßenhändlern alternative Standorte für sie gefunden hat, mit Hilfe eines Ansatzes der menschlich und partizipativ war, der auf Dialog setzte und nicht auf Vertreibung. So konnten alle Seiten profitieren. Trotz dieser Erfolgsmeldungen ist es unabdingbar, dass die Zivilgesellschaft die politischen Entscheidungen fortgesetzt überwacht, damit die positiven ersten Schritte zu einer nachhaltigen Politik ausgebaut werden. Wenn andere Städte den positiven Beispielen folgen, und wenn ihre Bevölkerung sich organisiert und dies einfordert, ist im Kampf gegen die städtische Armut schon viel erreicht.